

# Opins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 21

Das Blatt erscheint monatlich.  
Abonnementpreis flr. 1,50 pro Quartal.  
Anfangs und Ende eines jeden Monats  
Gebühren für die Postflöte 1. Klasse 5, 624.

Hamburg, den 24. Mai 1919

Anzeigen kosten die ausgeschriebene Fläche  
pro Zeile 10 Pf. oder deren Rund 50 Pf. (Der  
Betrag ist nach vorher abzugsen).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. pro Zeile.

33. Jahrg.

Um für die Hebung und Verbesserung seiner Lebenslage ist, muß den Ausbau und die Stärkung unseres Verbandes wollen. Nur eine starke Organisation verbürgt den Erfolg. Darum werbt neue Mitglieder!

## An die organisierten Arbeiter aller Länder.

Arbeiter! Gedenken!

Die am 13. und 14. Mai in Berlin versammelten Vorfände der Gewerkschaften Deutschlands haben mit Abschluß genommen von der brutalen Erdrosselung des deutschen Volkes, die der Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekanntgegebenen „Friedens“bedingungen herbeizuführen entschlossen ist.

Die deutschen Gewerkschaften erlernen durchaus an, daß die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gutgemacht werden müssen, und Deutschland hat längst seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Das deutsche Volk hat nicht die Absicht, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.

Aber diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltstaaten schlimmster Art dar, ein Stiel des versprochenen Friedens, der die Beleidigung des Volkes und das Ende aller blutigen Kriege bringen sollte, wird hier ein Volk von 70 Millionen zu Helden und Sklaven des alliierten und assigierten Kapitals der Westmächte gemacht.

Deutschland soll seiner besten Wirtschaftsgebiete beraubt werden. Franzosen, Belgier und Polen wollen wichtige Teile unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion an sich reißen. Ein Viertel unseres Erdbraungslandes, das ohnehin für unsere Volksernährung bei weitem nicht ausreicht, ist p. z. unserer Kohlengruben und mehrere der wichtigsten Gräber werden gewaltig von Deutschland abgetrennt. Die deutschen Kolonien werden annexiert. Unsere Handelsflotte, die vor dem Kriege die zweite der Welt war, wird an die zehnte Stelle herabgedrückt, sobald der durch den Gewaltfriedensvertrag begründete Raub des deutschen Handels Schiffes erfolgt sein wird.

Die finanziellen Verpflichtungen, die uns in der Form unermeßlicher und noch nicht endgültig festgesetzter Kriegsauszahlungen auferlegt werden sollen, machen auf wenigstens 50 Jahre das deutsche Volk, insbesondere seine Arbeiter, zu Sklavinnen des Kapitalisten der Westmächte. Für die nächsten 5 Jahre allein sollen wir neben den von der Entente selbstherlich festzuhaltenden Milliarden an Bargeldungen jährlich etwa 40 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich, Belgien und Italien liefern, während unsere Kohlenproduktion überhaupt vor dem Kriege nach Abrechnung von 10,88 Millionen Tonnen Einfuhr nur etwa 20 Millionen Tonnen betrug. Dadurch sowie durch die sonstigen getabegu überhöhten wirtschaftlichen Fesseln wird unsere ganze Industrie dahingezogen und die deutschen Arbeiter werden zu Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Auswanderung verurteilt.

Das ist der „Frieden“, den die Staatsmänner der feindlichen Mächte dem deutschen Volke auferlegen wollen, nachdem es im Betrachter auf den versprochenen und von allen Kriegsführenden angenommenen Rechtsfrieden des Präsidenten Wilson die Waffen niedergelegt hatte und in der Revolution unter Führung der deutschen Sozialdemokratie an die Verwirklichung des Sozialismus heranzugehen entschlossen war. Dieser „Frieden“ ist nicht nur eine mit andern Mitteln bewaffnete Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk, sondern er bedeutet zugleich ein Attentat des vereinigten Kapitals gegen den Sozialismus.

\* Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorfände beschloß, zu den Friedensbedingungen der Entente diesen Aufruf an die organisierten Arbeiter aller Länder zu erlassen.

Davon zeugt auch das Kapitel des Vertragsentwurfs über das internationale Arbeitsrecht. Nicht eins der von den Gewerkschaften aller Länder in Lausanne 1916, Bern 1917 und 1919 erhobenen Forderungen zum Schutz der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Lediglich eine neue Organisation der freien Gewerkschaftskonferenzen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alle Entscheidung in die Hände der Bürokraten und Unternehmer legt und dann noch den einzigen Staat, der das nicht gibt, einen mit zwei Dritteln gefassten Mehrheitsbeschluß abzulehnen. Da der neue Völkerbund zunächst weder Russland, noch Deutschland oder die im Kriege neutralen Staaten einschließt, werden die Arbeiterrechte von dem internationalen Großkapitalismus und den kulturell und industriell rückständigen Staaten der Welt bestimmt werden. Das ist nichts als eine Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder und ein Zusammenschluß des Kapitals gegen den internationalen Arbeiterkampf.

So präsentiert sich dieser „Friedensvertrag“ der Entente-Staatsmänner als ein Schlag gegen das Proletariat der Welt. Wie vor über 100 Jahren die feudale Reaktion Europas sich gegen die Republik der großen französischen Revolution zur Verteilung der Monarchien verdingte, so erleben wir jetzt unter Führung der Westmächte eine Verschwörung des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus und die soziale Revolution des Proletariats.

Gegen diese Vergewaltigung erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen sich in Anspruch nehmen, in der Bekämpfung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nie zurückzuhalten zu haben, und sie glauben daher an die Arbeiter aller Länder appellieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschließen.

## Gerechtigkeit.

Wir leben in einer unruhigen Zeit. Gewaltsam ringen politisch-wirtschaftliche Mächte nach Erringenberechtigung und ein Vorwurf von Sonderbedingungen treibt das Land zum Erfolge. Da bleibt die Gewalt nicht aus, und der Tod, der 4 Jahre so reiche Ernte gehalten, hat noch nicht ausgespielt.

Wir betrachten die rohe Gewalt, die herrscht, wo sie zu herrschen nicht berufen ist, frohes Leben wollen wir und nicht den Tod. Und doch, wissen wir nicht, gerade wir, daß die Verhältnisse, unter denen wir leben, uns gemacht, die Verhältnisse, unter denen unsere Väter lebten, daß wir ein Produkt von Milieu und Veranlagung sind? Und wissen wir nicht, daß 4 Jahre Krieg war, 4 Jahre aufreibendstes Herzleid, 4 Jahre zehrendster Hunger? Und gilt da nicht, wenn ja, das alte Wort, daß alles verstecken alles vergessen heißt?

Wir sollen deshalb das alles nicht billigen, was uns in seiner Art zur Entlastung treibt, doch sollen wir, wenn die Wogen unserer Leidenschaft sich gelegt, wenn Feierstimmung im unser Herz eingelehrt, fühlen: Auch du bist nicht ohne Sünde, daß du den Stein zu werfen das Recht hast, du hilfst ja an dir selber, was die ererbte Natur vermag, das harte Schicksal, das soziale Los, welches unheilschwer Geist der Hunger ist, und darum sollen gerade wir verzeihen, was wir nur zu gut alle verstecken können, als Proletarier.

Darum sollen wir aber auch mit vereinter Kraft, im geschlossenen gewerkschaftlichen Kampfe streben zu einem Aufstieg aus diesen verschärfenden Verhältnissen heraus, streben zu einer wirtschaftlichen Besserung und sozialen Hebung. Dann, erst dann, schwindet mehr und mehr die Ursache zu allem, daß man heute mit so leichtem Munde „schlecht“ nennt, und das Gute triumphiert, das Sittliche.

## Siegerfrieden.

Den deutschen Unterhändlern sind in Versailles die Friedensbedingungen der Entente unterstellt worden. Daß beim armen, niedergeworfenen, aus tausend Wunden blutenden Deutschland harte Bedingungen auferlegt werden, war schon aus den rücksichtslos bestreiteten schweren Waffenstillstandsbedingungen zu erwarten. Daß sie aber mit dem ausgesuchtesten Haftnahmen die ganze wirtschaftliche und kulturelle Verzögerung eines großen Volkes zu erreichen suchen, darauf war kein noch gerecht denkender Mensch vorbereitet. Nach den bis jetzt bekanntgewordenen Friedensbedingungen wird Deutschland territorial zerissen, sämtlicher Seelen verbraucht, wirtschaftlich vernichtet und moralisch aufs tiefste gedemütigt. Nur brutale Gewalttätigkeit, ohne eine Spur von Gerechtigkeit und Menschlichkeit, könnte ein solches „Friedensprogramm“ ausfüllen.

Wie oft haben die führenden Staatsmänner der feindlichen Regierungen in ihren Reden versichert, die Entente kämpfe nur für das Recht und für das Selbstbestimmen im Interesse des Volkes, gegen seine Selbstständigkeit oder Verstärkung seiner Volkswirtschaft werde dieser Krieg geführt, sondern gegen den Militarismus, gegen die Regierung der Hohenzollern. Nun haben die veröffentlichten Bedingungen gezeigt, was es mit diesen moralstreitenden Reden und Willenschen Grundzügen, mit dem Rechte und der Gerechtigkeit für eine Bewandtnis hat. Alles Bug und Trug. Der Imperialismus der kapitalistischen, im Siegestaumel schwelgenden Entente-Regierungen verlangt eben die wirtschaftliche Erdrosselung und Verfladung eines ganzen Volkes, das ihm auf seinem Raubzug im Wege gestanden. Schon allein, was die Entente in finanzieller Hinsicht von Deutschland verlangt, ist so weit entfernt von dem Mindestmaß wirtschaftlicher Einsicht und der Kenntnis von Tatsachen, daß zur Erklärung dieser Forderungen nur die Annahme eines bösen Willens übrigbleibt. Ist doch wohl niemals einem Volke zugemutet worden, Verpflichtungen in unbekannter Höhe einzugehen, wie solches bei der Verpflichtung aller durch Deutschland verursachten Schäden geschehen soll. Ebenso ungewiß ist die Bewertung der zu zahlenden Milliarden, ob sie nach den heutigen Standen der Mark oder nach der Friedensvaluta erfolgen soll, ein Unterschied von nicht weniger als 800 v. p.

Von welcher Seite man auch die Forderungen der Entente betrachten mag — sie gehen weder von staatsmännischen noch von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. Die schämen Deutschlands Reichtum nach den passiven Werten der Inflationisten und sie verrammeln selbst den Weg zur Arbeit, mit der das deutsche Volk seinen Verpflichtungen nachkommen will. Schlechte Rechenkünste und noch schlechtere Staatsmänner können den Raub der Welt nicht vorschreiben, noch weniger das Schicksal der Völker bestimmen. Die Geschichte lehrt das deutlich genug. Als Karthago noch dem zweiten punischen Kriege sich zu einem jährlichen Tribut von einer Million auf 50 Jahre verpflichtet mührte — eine ungeheure Summe für seine Zeit —, alle außeritalianischen Bevölkerungen an Rom abtrat und nicht mehr als 10 Kriegsschiffe halten durfte, da wurde zwar die römische Weltherrschaft eingeleitet, aber zugleich auch ihr innerer Verfall. Wenn es der Entente gelingt, Deutschland für eine Zeit wirtschaftlich auszupressen, so werden deren europäische Glieder dem Schicksal des weltbeherrschenden Roms verfallen. Was dort die Optimatenwirtschaft hervorrief, schamlose Betrügereien, Ausplaudigung des arbeitenden Volkes und schließlich die Importation, das besorgte in den modernen Staaten die Hochfinanz! Und wenn schon die lumpigen 5 Milliarden Franken Kriegsschädigung Deutschland zum Unsegen gezeichnet, um wieviel größeres Unheil werden 100 und mehr Milliarden den Siegern bereiten? Wehe den Siegten — aber auch wehe den Siegern!

Das deutsche Volk wird in Kürze vor seine entscheidende Existenzfrage gestellt werden. Es muß daher reiflich prüfen, ob es diesen Gewaltfrieden annehmen und seine Bedingungen erfüllen kann, oder ob es ihn ablehnen muß, weil es überzeugt ist, daß die Forderungen unerfüllbar sind. Auf jeden Fall ist sein Schicksal besiegt.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben sich am 8. Mai mit folgendem Aufruf an das deutsche Volk gewandt:

Der ehrliche Friedenswille unseres schwer duldenen Volkes fand die erste Antwort in ungewinnt harten Waffenstillstandsbefehlungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und alle Verpflichtungen des Waffenstillstandes, so schwer sie waren, ehrlich gehalten. Trotzdem lebten unsere Freunde 6 Monate lang den Krieg durch Ausreise und haltung der Hungerblockade fort. Das deutsche Volk trug alle Lasten im Vertrauen auf die durch die Note vom 6. November von den Alliierten gegebene Zusage, daß der Frieden ein Frieden des Rechts auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde. Was uns statt dessen jetzt in den Friedensverhandlungen gegeben wird, widerspricht der gegebenen Zusage, ist für das deutsche Volk unerträglich und auch bei Ausübung aller Kräfte verfüllbar.

Gewalt ohne Mäh und Grenzen soll dem deutschen Volk angelan werden. Aus solchen aufgezwungenen Frieden müßte neuer Schluß zwischen den Völkern und im Verlaufe der Geschichte neues Morden erwachsen. Die Welt müßte jede Hoffnung auf einen die Völker befreienden und heilenden, den Frieden sichern den Völkerbund begraben. Berücksichtigung und Betreibung des deutschen Volkes, Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an den fremden Kapitalismus zu menschenunwürdiger Lohnslaverei, bauende Fesselung der jungen deutschen Republik durch den Imperialismus der Entente ist das Ziel dieses Gewaltfriedens. Die deutsche Volksregierung wird den Friedensvorschlag der Vergewaltigung mit dem Vorschlag des Friedens des Rechts auf der Grundlage eines dauernden Völkerfriedens beantworten. Die tiefe Erregung, die alle deutschen Volkskreise ergriffen hat, legt Zeugnis dafür ab, daß die deutsche Regierung den geschlossenen Willen des Volles zum Ausdruck bringt. Die deutsche Regierung wird die Kräfte anspannen, um für das deutsche Volk dieselbe nationale Einheit und Unabhängigkeit und dieselbe Freiheit der Arbeit in Wirtschaft und Kultur zu erringen, welche die Alliierten allen Völkern Europas geben wollen, nur unserm Volle nicht.

Unser Volk muß sich durch eigenes Handeln retten. Angesichts dieser Gefahr der Vernichtung müssen das deutsche Volk und seine von ihm selbst gewählte Regierung zusammenstehen; ohne Unterschied der Partei möge Deutschland sich zusammenschließen in dem einmütigen Willen, das deutsche Volkstum und die gewonnene Freiheit zu bewahren. Jeder Gedanke, der ganze Wille der Nation geschieht der Liebe für die Erhaltung und Wiederaufrichtung des Vaterlandes.

Die Regierung ruft alle Volksgenossen auf, in dieser schweren Stunde mit ihr auszuharren in wechselseitigem Vertrauen auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts.

## Jahresbericht des 2. Bezirks.

Der erhoffte Friede hatte zwar am Jahresanfang seinen Eingang noch nicht gehalten und große Teile des Reiches, darunter auch 8 Filialen und mehrere Bahnhöfe des 2. Bezirks, sind von den Heeren der Entente besetzt, so daß eine Verbindung mit ihnen mittlerer Schwierigkeiten verhindert ist, aber dem entsetzlichen Völkerkriege ist wenigstens durch den Waffenstillstandsertrag Einhalt geboten worden. Immer drückender machten sich die Einschüchterungen der langen Kriegsdauer geltend, und durch die sich unaufhaltbar auswirkabewegenden Kreise der Lebensmittel und aller andern Gegenstände des täglichen Bedarfs wurde die Lage der Bevölkerung immer unerträglicher. Als notwendige Folge dieser Gewissensregung kammt das Bestreben nach weiteren Lohn erhöhungen auch bei unseren Betriebskollegen nicht ausbleiben.

Es waren zwei Bewegungen (Friede und Vertrag) erforderlich, um die Löhne den Leistungsbefähnissen entsprechend zu erhöhen. Auch in den industriellen Betrieben waren unsere Kollegen entsprechend diesen Verhältnissen bestrebt, auf die Verbesserung ihrer Löhne konfliktfrei einzutreten.

Die Geschäftslage bemerkte sich, solange der Krieg noch anhielt, in denselben Bahnen wie im vorhergehenden Kriegsjahre. Arbeitslose Kollegen waren so gut wie gar nicht vorhanden, ja, infolge der Abwanderung vieler Betriebskollegen in die Industriebetriebe war zeitweise in einzelnen Lohngebieten ein Mangel an Gehalts im Materialgewerbe. Mit dem Eintritt der Demobilisation veränderte sich jedoch das Bild; das Herz der Arbeitslosen wuchs kriegerisch an, und das Jahrzehnt stand vollständig unter dem Einfluß der Arbeitslosigkeit. Die vom Heeresdienst entlassenen Kollegen ausreichend zu unterstützen und sie dem Verbande wieder zuzurufen, war daher eine Hauptaufgabe. Der durch die Revolution eingezogene vorwärtsstrerende Geist übte auch auf die gewerkschaftlichen Organisationen einen leichten Einfluß aus, der den Wiedereruf des Verbandes erheblich günstig beeinflußte. Während in den ersten 3 Quartalen des Jahres mit 117 Mitgliedern dem Verbande neu angeführt werden konnten, erschienen nach Abschluß der Revolution 648 Kollegen ihren Beitritt. Besonders in den Filialen mit industriellen Betrieben, wie in Kassel, Frankfurt a. M. und Mainz, war der Antritt in den Verband außerordentlich lebhaft.

Die Zahl der Mitglieder, die zu Beginn des Jahres 982 betrug, erhöhte sich bis Ende des 3. Quartals auf 1086, trotz weiterer Einbettung von 52 Mitgliedern zum Heeresdienst. Ein kleiner Anzeichen der Aufwärtsbewegung war also bereits vorhanden, als der Krieg sein Ende stand und die Revolution ausbrach. Im 4. Quartal erhöhte sich die Mitgliederzahl bis zum Jahresabschluß auf 1190. Zum Heeresdienst entzogen wurden insgesamt 288, was zu einem Verlust von 52 Mitgliedern. Als Folge des Krieges wurden im Jahre 1918 weitere 52 Kollegen gemeldet; insgesamt sind es damit 572 Mitglieder, die bei diesem Völkerkriege ihren Tod

gefunden haben. Doch erfaßt diese Zahl noch nicht alle Opfer, und sie wird sich noch wesentlich erhöhen, wenn alle Meldungen hierüber vorliegen. Allen Gefallenen sei an dieser Stelle ein ehrendes Andenken ausgedacht.

Die Beitragsleistung war bis zum Eintritt der Demobilisation außerordentlich stabil; im 4. Quartal konnte sie natürlich infolge des großen Zustroms von neuen Mitgliedern nicht mehr gleichen Schritt mit der eigentlichen Mitgliederzahl halten. Doch es fanden sich sehr bald pflichtbereite Kollegen, die die mildevolle Arbeit der Beitragssammlung übernahmen, so daß eine geregelte Beitragsleistung sehr bald wieder stattfand.

Die am 1. April eingetretene Beitrags erhöhung von 20 % (10 % Hauptfasse und 10 % Filialfasse) wurde von den Mitgliedern in der verständnisvollen Weise als notwendig anerkannt und ohne jede Schwierigkeit durchgeführt.

Die Lohnbewegungen in den Malerwerken nahmen bereits zu Anfang des Jahres ihren Beginn. Die zentralen Verhandlungen am 7. und 8. Februar im Reichswirtschaftsamt legten eine weitere Leistungszulage fest. Durch eine protokollarische Erklärung ist weiter vereinbart worden, daß die Arbeitgeber auch über die festgesetzte Leistungszulage hinaus freiwillig höhere Zulagen gewähren können. Es war also die Möglichkeit gegeben, in Lohngebieten mit über 100 000 Einwohnern mehr als 20 % und in Lohngebieten mit unter 100 000 Einwohnern mehr als 15 % Leistungszulage die Stunde zu erhalten.

Die Arbeitgeber zeigten jedoch im allgemeinen nicht das gewünschte Entgegenkommen, sondern beschränkten sich mit Ausnahme von Frankfurt a. M., Hanau, Mainz und Offenbach zunächst auf die in Berlin festgesetzten Mindestsätze. Die Wiesbadener Unternehmer machten sogar geltend, daß für sie nur eine Leistungszulage von 15 % die Stunde in Betracht kommen könne, da die Einwohnerzahl in Wiesbaden unter 100 000 gesunken sei. Diese Aussicht ließ jedoch außer Betracht, daß in dem Berliner Wohnummen die Leistungszulage nicht noch gestiegen ist, sondern nach Lohngebieten bemessen war, und da zum Lohngebiet Wiesbaden eine unzähliger Vorfälle gehörten, so war der Einwand der Unternehmer hinfällig und sie nahmen dann auch von ihm Abstand. Im Laufe der weiteren Verhandlungen erklärten sie sich zur Zahlung einer Zulage von 20 % bereit. Auch in Worms erhöhten die Unternehmer am 1. April bei der Auszahlung der zweiten Rate der Leistungszulage diese um 5 %. Vollständig ablehnen auf das Erfuchen um eine höhere Leistungszulage verhielten sich die Unternehmer von Cassel, Darmstadt und Höchst. Die Zahlung der ersten und zweiten Rate der Leistungszulage erfolgte allgemein ohne Schwierigkeiten. Für das Lohngebiet Koblenz, das zum Gebiet des Westdeutschen Malermeisterverbands gehört, mit dem am 18. Februar ein gleiches Abkommen wie in Berlin getroffen wurde, kam die gleiche Zulage von 10 und 5 % in Betracht. In Marburg und Trier, wo dortliche Kartilverträge bestehen, wurde ebenfalls eine weitere Leistungszulage in entsprechender Weise vereinbart.

Schon bei dem Völkerkriegsergebnis der zweiten Rate der Leistungszulage machte sich die anhaltende weitere Leistung außerordentlich fühlbar, und das Verlangen nach weiterer Erhöhung der Löhne wurde im Laufe der Zeit immer stärker. Doch die von den Gewerkschaften beantragte Verhandlung kam erst am 8. November zu Stande. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war bekanntlich die Verlängerung des Reichstatuts bis zum 15. Februar 1920 und die Gewährung einer weiteren Leistungszulage von 30 bzw. 20 %. Unter Ansuchen an die Landesverbände der Arbeitgeber in Hessen und Hessen-Nassau ging doch die erste Rate der Leistungszulage bereits am 15. November mit 5 % Erhöhung in allen Orten in Kraft treten zu lassen. Diesem Erfuchen traten jedoch nur die Frankfurter Unternehmer bei. In allen übrigen Lohngebieten gelangte die Zulage erst vom 1. Dezember an nach dem in Berlin vereinbarten Säcken zur Auszahlung.

Als erster Erfolg der Revolution auf sozialem Gebiet folgte die Verordnung vom 28. November, die für alle gewerblichen Arbeiter den Achtstundentag mit entsprechendem Lohnausgleich festsetzte. In den industriellen Betrieben wurden auch sofort die Maßnahmen zur praktischen Durchführung dieser Verordnung getroffen, jedoch zeigten die Unternehmer im Motor- und Eisenbahnsgewerbe keine Rücksicht, dem Gesetz Rechnung zu tragen. Sie beriefen sich auf die zentrale Regelung droht Frage und ließen sich auf keine lokalen Verhandlungen hierüber ein.

Zu der Waggonfabrik Eede & Co. in Cassel traten die Kollegen im Laufe des Jahres zweimal in eine Lohnbewegung ein, die jedesmal mit einer Erhöhung der Löhne ihren Abschluß fand. Zu einer generellen Regelung der Verhältnisse, wie begegnet, ließ sich die Firma noch nicht herbei.

In den Adlerwerken zu Frankfurt a. M. verlangten die Lackierer der Autostation im Laufe eine Erhöhung der Akkordpreise. Die Direktion ließ sich jedoch nach längerer Verhandlung nur zur Gewöhnung einer weiteren Leistungszulage herbei, mit der sich die Kollegen zunächst zufrieden gaben.

Bei der Firma Vogt & Häffner und den Metallwerken in Frankfurt a. M. wurden im Laufe des Jahres zweimal weitere Leistungszulagen gewährt. In einigen anderen industriellen Betrieben Frankfurts, wo einzelne Kollegen beschäftigt waren, wurden ebenfalls weitere Leistungszulagen durchgeführt.

In der Waggonfabrik von Dr. Gaßell in Mainz-Lombach lamen die im Laufe des Jahres 1917 begonnenen Verhandlungen über die Neuregelung der Akkordpreise zum Abschluß. Das Ergebnis der sehr langwierigen Verhandlungen konnte die Kollegen in seiner Weise befriedigen, jedoch hat die Interessengleichheit eines Teiles der im Betriebe beschäftigten Kollegen diesen unbedingten Ausgang sehr beeinflußt. Auch in diesen Betrieben wurden die Leistungszulagen im Laufe des Jahres erhöht.

Sehr intensiv waren die Lackierer der Deliwerke in Rüsselsheim im Streit, die aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Mängel und Schäden zu befreien und ihre Verhältnisse zu verbessern. In verschiedenen Artstellten sie ihre Anträge an die Direktion, die teils durch Verhandlungen mit einer Kommission der Lackierer oder unter

Einzelzehrung eines Verbandsvertreters ihre Gedanken standen. Die Leistungszulagen wurden auch in diesen Betrieben im Laufe des Jahres erhöht.

Die organisierte Ausbildung des Verbandes war wie in den Vorjahren unter der Einrichtung des Krieges auch in den ersten 10 Monaten des Vorjahrs nur in beschränktem Umfang möglich. Dadurch bot sich reichlich Gelegenheit, die Verbindung mit den Kollegen im Dienst der Organisation aufrecht zu halten. Die Führung, die mit den Kollegen im Waffenrad durch die Filialen und die Bezirksleitung während des Krieges hergestellt wurde, erwies sich beim Wiederaufbau des Allianzen und Bahnhöfen als außerordentlich nützlich.

Über die Zahl der Mitgliedschaften läßt sich moment noch kein abschließendes Bild machen. Gelunge nicht alle Gruppen teilnehmbarkeit und die in Gefangenenschaft Geretteten nicht alle zurück sind sowie über die Menschen nicht vollständige Nachtheit herrscht, ist es nicht möglich, über alle Opfer des Krieges einen zahlenmäßigen Überblick zu geben.

Die Gründungsfrage war in den Sitzungen und Versammlungen wiederholt Gegenstand eingehender Erörterung. Doch alle Versuche, eine nennenswerte Besserung zu erzielen, konnten kein befriedigendes Resultat bringen, da das Hauptziel, die Lebensmittelknappheit, auch durch eine bessere Organisation der Verteilung nicht befehligt werden konnte. Alle Versuche unterschieden, diese oder jene Gruppe von Kollegen in die Kategorie der Schwarz- oder Schwerarbeiter zu bringen, konnten daher immer nur eine kleine Besserung schaffen.

Die Arbeitssermittlung war während der Kriegszeit sehr belastet; nach der Demobilisation hatten die Arbeitsnachweise jedoch eine Missarbeit zu bewältigen, um die Unterbringung der Arbeitslosen nach den Grundsätzen der Reichswirtschaftsverordnung zu regeln. Unsere nachstehenden Verhandlungen in Cassel, Darmstadt und Mainz stellten ihre Tätigkeit ein, nachdem die städtischen Arbeitsnachweise im paritätischen Sinne bewältigt und zum Teil besondere Fachabteilungen für unser Gewerbe errichtet hatten. Am Jahresanfang wurden 95 Arbeitslose in den Filialen festgestellt, jedoch war ihre Zahl größer, da die auswärts wohnenden Kollegen bei der Zahlung nicht voll erfaßt werden konnten.

Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung ist zu prüfen bedurfte einer umfassenden Organisation bei den städtischen Arbeitsnachweisen, um den großen Andrang der Arbeitslosen zu bewältigen. In Frankfurt a. M. wurde die Auszahlung der städtischen Arbeitslosenunterstützung für die organisierten Personen den gewerkschaftlichen Verbänden übertragen. Unsere Frankfurter Filiale hatte dadurch eine große Arbeit zu bewältigen. In der Zeit vom 25. November bis 30. Dezember zahlte sie M. 85 000 an Unterstützung auf Rechnung der Stadt aus. In den Landgemeinden entstieg man sich teilweise nur sehr langsam und oftmais erst auf Dringen und Eingreifen der Arbeitgeber zur Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung.

Die Arbeitsbeschaffung mußte nach Beendigung des Krieges in der interessanten Weise gefördert werden. In zahlreichen Sitzungen und durch persönliches Versprechen bei den städtischen und staatlichen Behörden verlangten manche gründgesetzlichen Arbeiten zur Ausführung, deren Wirkung sich natürlich erst im Jahre 1919 etwas mehr ersehen läßt.

Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten nahm der Bezirksteil am 89 Sitzungen und Versammlungen, 7 Revisionen, 8 Verhandlungen mit den Unternehmern teil, erledigte in 11 Fällen sonstige geschäftliche Angelegenheiten in den Filialen und war an 16 Logen durch zentrale Verhandlungen und Deputatsitzungen in Anspruch genommen. — Die Postausgänge beliefen sich auf 1888 und die Posteingänge auf 644.

Ein bedeutendes Jahr liegt hinter uns; das Völkerkriegsjahr ist vorbei, es geht dem Frieden entgegen. Möge er bald kommen, damit das Wirtschaftsleben wieder in Gang kommt und die Folge der Revolution auch wirtschaftlich befriedigt werden können. Brot, Arbeit und Freiheit sind es, was die deutsche Arbeiterschaft dringend benötigt! Wenn jeder einzelne von dem Geiste des solidarischen Handelns durchzogen ist und Einigkeit und Geschlossenheit auch für die Zukunft die Grundlage für alle Aktionen der organisierten Arbeiterschaft bilden, so wird und muß es gelingen, die großen Aufgaben, die uns bevorstehen, zu lösen!

Frankfurt a. M.

J. Zimmermann.

## AUS UNSEREM BEZIRK.

Frankfurt a. M. Am 26. April fand im Gewerkschaftshaus die Quartalsversammlung der Filiale statt, die sich mit dem Geschäfts- und Rassenbericht vom 1. Quartal, der Stellungnahme zum 18. Verbandstage in Würzburg, der Ausstellung der Kandidaten sowie mit den weiteren Lohn erhöhungen zu beschäftigen hatte. Kollege Müller teilte zum ersten Punkt der Tagesordnung mit, daß auch weiterhin der Aufsatz zum Verbande angehalten habe, 10 % eine erstaunliche Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen sei. Von 1063 am Schluß des Jahres 1918 habe sie sich auf 1874 erhöht. Neuauflagen wurden 428 im 1. Quartal gemacht. Die Beitragsleistung aber habe nicht gleichen Schritt gehalten und müsse daher in der nächsten Zeit nachholen werden. Die Gemeinkosten betrugen M. 32 545,66 und die Gesamtausgaben M. 19 108,68. In Arbeitslosenunterstützung wurde ausgegeben M. 4 879, an Krankenunterstützung M. 3 214,75. Auf Antrag der Revisoren wird dem Lackierer Entlastung erteilt.

Über die Anträge zum Verbandstage referierte Kollege Ruth, der einleitend bemerkte, daß des durchbaren Krieges wegen erst nach einer langen Periode wieder ein Verbandsstag — die höchste Instanz unseres Verbandes — stattfinden könne, der aber der veränderten Verhältnisse halber von außerordentlicher Wichtigkeit für unsere Organisation sein werde. Davon zeuge auch schon der Entwurf, den Vorstand und Beirat ausgearbeitet hätten. Anerkannt müsse werden, daß man bemüht gewesen sei, dem Geist der neuen Zeit Rechnung zu tragen, indem man demokratische Reformen vorgenommen habe. Aber auch die Unterstützungsseinrichtungen

wolle man auf eine neue Grundlage stellen und die Sache diese gefundene Bedeutung entsprechend erhöhen. Dass man dabei um eine Erhöhung der Beiträge nicht herumkomme sei, wohl allen Kollegen ersichtlich. Zum Schlusse spricht Kollege Ruth die Hoffnung aus, dass in Nürnberg Beschlüsse gefasst werden, die im Interesse unseres Verbandes und das mit der Gewerkschaftsschule liegen. In der Diskussion erhob Kollege Schütz im schwärmischen Vorworte gegen die Gewerkschaftsführer im allgemeinen und die zweite Verbandsleitung gegen die von ihnen getriebene Politik, indem er behauptet, dass die Waffen bei Kriegsausbruch von den führenden Parteien und verlautbart worden seien. Er legt darauf eine Resolution vor, in welcher es vom 16. Verbandstag erwartet, dass er sich auf den Boden des konsequenten Massenkampfes stellt und dass auch zum Gewerkschaftskongress zum Verbandsvorstand ist, nur solche Kollegen gewählt werden, die auf dem Boden des revolutionären Massenkampfes stehen. Weiter verlangte er in seiner Resolution, dass der Abktion des "Vereins-Anzeiger" ein Mitkongressauftum ausgeprochen werde, da die von ihm verfolgte Politik nicht im Interesse der Kollegen gelegen sei. Im dritten Teil appelliert er an die Kollegen, mit solchen Vertreter nach Wiedergabe zu schicken, die in obigem Sinne handeln. Kollege Wöhner wünschte, dass dem Zusammenschluss aller Branchen des Bauarbeiterverbandes näher getreten werde und die Tätigkeiten in den Gewerkschaften unter allen Umständen notwendig sei. Der Wichtigkeit des letzten Punktes der Tagesordnung wegen wurde von einer weiteren Diskussion Abstand genommen und bis zur nächsten Versammlung vertagt. Bei der nun stattfindenden Abstimmung wurde der erste Teil der Resolution Schütz angenommen, während der zweite Teil, das Mitkongressauftum für den "Vereins-Anzeiger" enthaltend, abgelehnt wurde. Der dritte Teil wurde durch die Aufführung der Kandidaten für gegenständlich erklärt.

Beim heutigen Punkt der Tagessitzung gab Kollege Zimmermann ein Bild vom Stand der Sozialbewegung. Da die Bestimmung des Abkommen vom 9. November 1918 eine weitere Erhöhung der Löhne bei Fortdauer der Leistung zulassen, so habe bereits eine Vertrauensmännerkonferenz beschlossen, um die Arbeitgeber zwecks Erhöhung der Löhne und Gleichstellung mit den Bauarbeiterlöhnen vorzutreten. In einem Schreiben an den Vorstand der Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes sei auf die Dringlichkeit hingewiesen und da sich anscheinend die zentralen Verhandlungen verabgern, um Angabe des Zeitpunktes eracht, an welchem örtliche Verhandlungen stattfinden könnten. Von den Arbeitgebern wurden solche für den 29. April angekündigt, wenn sich der Hauptvorstand der Arbeitgeber für örtliche Verhandlungen entscheidet. Eine Reihe Diskussionsredner war der Ansicht, dass unbedingt an den Sätzen des Bauarbeiterabkommen sei, eventuell könnten nur höhere für uns in Betracht kommen. Nachdem noch eine viergliedrige Verhandlungskommission gewählt worden war, stand die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

V. M.

Neuburg a. b. D. Anfangs März dieses Jahres versammelten sich auf Anregung unseres heutigen Obmannes, Kollegen Hermann Müller, die hiesigen Kollegen zum Beirat in den freien Metallverband. Da es uns an jeglichem Infrastrukturmateriel fehlte, wandten wir uns an Kollegen Müller-Nürnberg, der uns erst schriftliche Anweisungen gab und unsere Aufnahme zur dortigen Filiale vollzog. Am 30. März 1919 kam Kollege Fr. Müller nach Neuburg, referierte bei uns und gab uns die notwendigen Auskünfte. Da von den hier ansässigen 15 Kollegen, vorunter sich noch 8 geschäftige befanden, keiner ausschloss, konnten wir geschlossen gegen die noch hier gesetzten Hungerlöhne von 70 bis 90 s pro Stunde Stellung nehmen. Wie wollten den 8 hiesigen Metallern untere Stocherungen und ersuchten sie, am Freitag, 4. April, in unserem Vereinslokal zu klarer Handlungen zu erscheinen. 8 davon stellten sich zu den Verhandlungen ein und gerade die 2 größeren Gesellschaften hatten sich nicht ausgeschlossen, auch die 2 nicht erschienenen Meister unterzeichneten nachträglich unsern Lohnkonsort. Damit dem Erstgenannten der Meister wurde vorerst aufgestellter Tarif fest ohne Abänderung anerkannt. Danach beträgt der Stundenlohn jetzt für Gehilfen über 20 Jahre M. 1,80, für Gehilfen unter 20 Jahren M. 1,15. Für Auszubildende soll er im ersten Gehilfenjahr nicht unter 80 s betragen. Die Arbeitszeit beträgt wahrscheinlich 48 Stunden. Im weiteren ist die Regelung für Überstunden, Sonntags, und Bankarbeit vorgesehen. Alltagsarbeit darf nicht geleistet werden. Der Vertrag hat, sofern nicht weitere Vereinbarung der Lebensmittel und sonstiger notwendiger Bedarfssachen ertheilt, bis 1. April 1920 Gültigkeit. Voraussichtlich ist noch, dass Gehilfen durch unsere Verbandsleitung vermittelt werden und wie gleich in der ersten Woche nach Abschluss des Tarifs sämtliche Kollegen untergebracht hatten. Zurzeit sind wie 17 Mitglieder, 2 sind nach auswärtigen Stellen die traurigen Siedlungsbewohner, auch zu einer Vereinigung zusammenzuschließen und Einheitspreise festzusetzen, was anstreitend an unsere Verhandlungen geschah. Um gar zu hohe Preisstellungen, die zum Schlusse Arbeitssammlung für uns bringen würden, zu vermeiden, erwirkten wir uns das Recht der Mittkontrolle bei Aufführung derselben. Die hiesigen Behörden wurden von unserer Verbandsleitung aufgefordert, Weilerarbeiten in öffentlichen Gebäuden zu beschaffen, damit für uns kein Arbeitsmangel eintrete. Sollten sie unsre Forderungen begrenzen, so werden wir den nötigen Druck schon auszuüben wissen. Zum Schlusse wünschen wir, dass alle Kollegen mit uns vereint arbeiten, fest und treu im Verbände zusammenstehen, um unsre Rechte zu fördern und mitzuhelfen, dass unser Gewerbe wieder hochkommt und dosen Schaden ausgemerzt werden.

H. R.

In Schöningen, einer Kleinstadt Braunschweigs, in welcher die industrielle Arbeiterschaft schon seit langem das Bannier der modernen Gewerkschaftsbewegung und des Sozialismus voranträgt, ist es uns erneut gelungen, eine Zahnstange ins Leben zu rufen. Bisher scheiterten früher alle Versuche, auch für unsre Ideen in dem kleinen Schöningen-Boden zu gewinnen, an der Passivität der alten, gesessenen Kollegen. Doch hier haben nun der Krieg, vor allem aber die Rosenkämpfe des Vorjahrs es fertig gebracht, das Eis der Indifferenz zu brechen. Nun liegt es an Euch, Kollegen, selbst, unsrer Banner auch den Berufs-Kollegen, die noch zur Seite stehen, voranzutragen. Gute

hin und sage es allen Kollegen, dass es Ihre Pflicht sei, sich nun endlich auf sich selbst zu befreien, sich zu organisieren, anstatt den schönen Worten der Meister-Glauben zu schenken, dass sie alles im Interesse der Kollegen regeln wollen. Wenn auch bisher noch ein patriarchalisch Verhältnis erhalten verucht wird, so geschieht das jetzt nur auf Kosten der Geistigen. Deshalb, Kollegen Schöningens, erachtet Schütz Euch alle der Organisation an, dann werdet auch Ihr es erreichen, dass Eure Lohn- und Arbeitsbedingungen sich verbessern.

## Eingesandt.

### Organisationsjersplitterer an der Arbeit.

Schon vor dem Kriege hatten wir eine Anzahl Nachkollegen, deren Aufgabe darin bestand, unsere Organisationseinrichtungen zu bekämpfen und die leitenden Kollegen mit Schärfe zu bewerben. Für das Wohl der Kollegenschaft haben sie in keinem Falle auch nur das persönlich geleistet. Es ist also nicht zu verwundern, dass in der heutigen Zeit solche Elemente wieder auftauchen in der Meinung, dass jetzt ihr Werkzeug läuft. So verhindert eine Blechschmiede des "Neuen Centralverbandes der Maler in Leipzig" zurzeit ein Flugblatt an unsere Kollegen im Lande. Es wird da Propaganda für den neuen Verband gemacht und zum Ausdruck aus unserer Organisation aufgeföhrt. Man würde den Leuten zu viel Ehre antun und ihre Unabhängigkeit überschätzen, wenn man auf die einzelnen Phrasen eingehen wollte, die in dem Flugblatt niedergelegt sind. Es sei nur kurz darauf hingewiesen, dass schon Marx sagte: "Die wirtschaftliche Entwicklung macht keine Freiheit." Und im kommunistischen Manifest heißt es nicht: "Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" Im übrigen verweisen wir auf den soeben in unserm "Vereins-Anzeiger" Nr. 10 erschienenen Artikel von Ob. Bernstein.

Kollegen! Diese Worte sind nur aus dem Grunde geschrieben, um die Herabsetzungskarriere dieser Leute zu beschreiten. Wer hat Gelegenheit hatte, zu beobachten, wie zum Schaden der Arbeiterbewegung drei Richtungen bestanden (die Gelben technen wir nicht), der muss zugeben, dass unsere Hauptaufgabe nicht darin liegt, neue Organisationen zu gründen, sondern alle Kräfte zusammenzufassen, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Es muss dieses um so mehr geschehen, weil die früheren Gelben am meisten zum Spätkapitalismus neigen. Aus alter Gewohnheit. Bei den Bergarbeitern sind es vielleicht früher unorganisierte Elemente, die heute politisch auftreten.

Der Schreiber dieses sagte einmal in einer Versammlung: "Hätten unsere Feinde während unserer Abwesenheit mehr ihre Pflicht getan, so stände vieles besser in der Organisation." Es wurde ihm hierauf zugeraufen: "Ja, wir müssten unter dem Hilfsdienstgesetz arbeiten!" Durch diesen Ausspruch wird so recht bewiesen, wie wenig Interesse die Kollegen für die Tätigkeit in der Organisation halten; denn dieses Gesetz hat doch die Organisation nicht unterbunden, und viele Lohnkämpfe wurden auch während dieser Zeit durchgeführt. Darum liegt also die Schuld nicht an unserer Leitung, sondern an den gleichgültigen Kollegen, die daheim sahen.

Kollegen! Wir, die wir jahrelang draußen waren und die Schrecken des Krieges miterlebten, haben uns immer gefreut, wenn in der Heimat unser Verband von dem treuen alten Stamm aufrechterhalten wurde und für die Verbesserung der Lebenshaltung der Kollegen sorgte; wir wollen uns heute aber nicht von einer handvoll Querläufern unsere jahrelange Arbeit vernichten lassen. Ist etwas Verbesserungsbedürftig im Verband, so wollen wir daran mitarbeiten; denn mehr als je ist jetzt eine starke Organisation notwendig. Es zeugt daher wenig von sozialistischem Geist, wenn man Kollegen, die ein halbes Menschenalter in der Arbeiterbewegung stehen, heute mit Schmach bewirkt.

Darum, Kollegen, nicht die Errichtung von Sonderverbänden, sondern unsere in allen Stämmen bewährte Organisation schafft Euch das Beste! Sorgt für Stärkung des Verbandes und seid einig!

U. D. O. F. S. C. H. M. A. N. N., Bielefeld.

## Generalversammlung.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. Am 13. und 14. Mai tagte in Berlin eine Vorsitzendekonferenz der Gewerkschaften. Gleichzeitig gab Legion einen Bericht über die gegenwärtige Situation angesichts des von der Entente uns angebotenen Friedensvertrags, der an Schwere alles übertrifft, was das deutsche Volk während des Krieges durchleben musste. Erlange dieser Friedensvertrag Geltung, so seien auch die Errungenschaften der deutschen Revolution in Gefahr. Die Konferenz beschloss, einen Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft aller Länder zu richten.

Hinsichtlich der Regelung des Lehrlingswesens schlägt Sassenbach für jedes Gewerbe paritätische Zentralkommissionen vor, die über Zahl der Lehrlinge, Art der Ausbildung, Arbeitszeit, Dauer der Lehrzeit usw. Bestimmungen ausarbeiten haben. Ferner möchten für jeden Stadt- und Landkreis paritätische Bezirkskommissionen eingesetzt werden, die die Durchführung der Vorschriften überwachen, sowie darüber entscheiden, welche Arbeitgeber Lehrlinge halten dürfen. Die Dauer der Lehrzeit soll im allgemeinen 3 Jahre nicht übersteigen, muss sich aber nach den Bedürfnissen des Gewerbes richten. Die systematische Ausbildung der Lehrlinge muss durch Lehrpläne geregelt und deren Durchführung durch Zwischenprüfungen überwacht werden. Bei ungünstiger Ausbildung müssen die Lehrlinge in einem anderen Betrieb auf Kosten des bisherigen Lehrmeisters oder des Gesamtgewerbes untergebracht werden. Lehrmeistern ist die Ausbildung der Lehrlinge grundsätzlich zu verweigern. Der Fach- und Fortbildungsschulunterricht muss in die feste Arbeitsdauer fallen. Die Zentralkommissionen haben auch ein einheitliches Kostgeld festzulegen. Auch die Großindustrie muss verpflichtet werden, Lehrstellen in ihren Betrieben einzurichten. Lehrwerkstätten seien nur im

Aufschluss am praktischen Betriebe einzurichten. Durch Sammellehrwerkstätten kann die Werkstattheorie der Kleinbetriebe erweitert und besonders begabten jungen Leuten Gelegenheit zur Weiterbildung geboten werden. Ferner sollen geeignete Maßnahmen für Durchführung der Vermehrung sowie für Berufsbildung getroffen werden, woran sich die Lehrstellenvermittlung anschliesst habe. Die Frage der weiblichen Lehrlinge sei durch die Zentralkommission zu regeln. Den jungen unerfahrenen Arbeitern sei Gelegenheit zu fachtechnischer Ausbildung zu geben. In der Aussprache wurde auf die tatsächliche Regelung des Lehrlingswesens hingewiesen und weiterhin verlangt, dass die gesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen geändert werden durch Ausschaltung der handwerklichen und Innungen und Übertragung der Lehrlingsausbildung auf die Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter.

Über die Veranstaltung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse referierte Umbreit, dass das gewaltige Wachstum der Gewerkschaften die Herabbildung von Gewerkschaftsvertretern, vor allem in den Betrieben notwendig mache, die im Lande sind, den großen Aufgaben der Gewerkschaften in bezug auf Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, der Arbeitsgemeinschaft, Betriebsdemokratie und Arbeitervertreten, sowie Vorbereitung der Sozialisierung zu genügen. Diese Kurse sollen in den Bezirken, und zwar zunächst in den Groß- und Mittelstädten über 50 000 Einwohner veranstaltet werden, Abendkurse sein und etwa 4 Wochen dauern. Als Unterrichtsgegenstände sind in Aussicht zu nehmen: Tarif- und Schlichtungswesen, Arbeitervertreten und gegenseitige Gewerkschaften und Angestelltenverbände. Als Lehrer kommen die Gewerkschaftsvertreter und Teilnehmer früherer Unterrichtskurse in Frage. In der Aussprache wird auf die Notwendigkeit von Kursen für Sozialisierung und öffentliche Verwaltung hingewiesen. Die Konferenz stimmt den Vorschlägen zu und erachtet die Zentralkommission, bis zur nächsten Konferenz über die Kostenregelung Vorschläge zu machen.

Das Reichswirtschaftsministerium teilt der Zentralkommission mit, dass für die Karten der Reichsarbeitslosenstatistik die Portotaben vom Reich bedient werden sollen. Mit dem Reichswirtschaftlichen Amt soll über eine Vereinfachung dieser Statistik und über Verkürzung der Berichtstermine verhandelt werden.

Eine Resolution des Holzarbeiterverbandes, die eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise fordert, gibt den Reichsernährungsminister Schmidt Anlass, zu erklären, dass in absehbarer Zeit an eine Herabsetzung der Höchstpreise der wichtigsten Lebensmittel gar nicht zu denken, sondern im Gegenteil mit weiteren Erhöhungen zu rechnen sei, da die Produktionskosten gestiegen seien. Erst wenn die letzteren sinken, oder wenn ein starkes auswärtiges Angebot von auswärtigen Lebensmitteln zu erwarten sei, können eine Herabsetzung der Höchstpreise in Frage kommen. Die hohen Schlechthandelspreise könnten dagegen durch bessere Organisation der Lebensmittelversorgung auf dem Lande beseitigt werden. Letzter haben die Landarbeiter und Bauernrechte dabei völlig verloren und seien zu einem großen Teil sogar Erbger der Schlechthandels geworden. Es müsse daher der ländliche Beamtenapparat reorganisiert und durch städtische Arbeiterschaft die Kontrolle auf dem Lande erweitert werden. Die Einfuhr fremder Lebensmittel sei nur möglich durch Erhöhung unserer Ausfuhr. Es sind deshalb wesentliche Ausübungserleichterungen für industrielle Erzeugnisse in Aussicht genommen und auch bereits namhafte Abschlüsse für Lebensmittel erzielt, die indes, auf 50 Millionen Versorgungsbericht verteilt, recht geringe Quanten ergeben. In erster Linie sollen die Bergarbeiter und Industriebeamte sowie die Großstädte mit fremden Lebensmitteln versorgt werden. Bei der Einfuhr soll die Zentralisation durch stärkere Beteiligung des freien Handels erweitert werden. Die Konferenz sieht das Ergebnis der Aussprache in der Einschätzung zusammen, dass sie von der Regierung sofort schärfste Maßnahmen gegen Preiswucher und Schlechthandel fordert, weil diese die Ursache seien, dass die Arbeiterschaft immer höhere Lohnforderungen stellen müsse.

Die Konferenz ging dann zur Beratung des Entwurfes der Satzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes über. Als Berichterstatter des Verfassungsausschusses berichtet Leipart, dass der Name "Deutscher Gewerkschaftsbund" schon 1898 auf dem Berliner Kongress vorgeschlagen, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen die Gründung eines Bundes veragt worden sei. Die Konferenz beschloss, dem Bund den Namen zu geben: "Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund". Die Einleitung zu den Satzungen erläutert, dass eine Gewerkschaft ihre Aufgaben nur erfüllen kann, "wenn sie sich als Generalisation eines Berufs oder einer Industriegruppe über das ganze Land ausdehnt". Ein Antrag der Vorstände der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Eisenbahner auf Streichung der Worte "eines Berufs oder einer Industriegruppe" wird gegen 6 Stimmen abgelehnt. Im übrigen wird der vorgelegte Satzungsentwurf ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Der diesjährige Gewerkschaftskongress in Nürnberg beginnt am 20. Jun. Vor dem Kongress soll eine Konferenz der Arbeiterschaften am 27. Juni und die nächste Vorstandskonferenz am 28. Juni in Nürnberg stattfinden.

Der Verbandstag des Bauarbeiterverbandes, der in Weimar tagte, hatte zu dem abgeschlossenen Tarifvertrag Stellung zu nehmen. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, kamen mehrere Anträge zur Erledigung, die forderten, dass die beiden Vorstände, Paepplau und Winnig, ausgeschlossen würden wegen ihrer "arbeiterfeindlichen Gesinnung und reaktionären Bestätigung". Der Verbandstag ging ohne Diskussion zur Tagesordnung über. Aus der Berichterstattung des Vorstandes ist hervorgehoben, dass der Verband die Höhe des Mitgliederstandes vor dem Kriege noch nicht erreicht hat; immerhin ist die Zunahme den Verhältnissen entsprechend eine gute. In der regen Diskussion spielte unter andern die Kriegspolitik der Gewerkschaften und sonstige politische Fragen eine erhebliche Rolle. Mit großer Mehrheit wurde dem Verbandsvorstand und der Redaktion Entlastung erteilt. Der neue Tarifabschluss, ebenso der vereinbarte Tarifvertrag für das Tiefbaugewerbe, wurden angenommen. Eine Erhöhung der Streikunterstützungssätze gelangte zur Annahme. Auf Beschluss des Verbandstages kam auch die Frage der Sozialversicherung des Baugewerbes zur Erörterung. Der Referent sprach sich grundsätzlich für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel im allgemeinen und für die

Bergesellschaftung des Baugewerbes ins besondere aus. Seine vorgelegte Resolution wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Zum Schlus nahm der Verbandstag eine Regelung der Bergesellschaften entsprechend den wichtigen Verhältnissen vor. Die Höhe der Gehälter wurde für Belegschaft und Betriebsgehilfen bis zu M. 600, für die Vorstandsmitglieder auf M. 825 und für den Vorsitzenden auf M. 700 festgesetzt. Außerdem erhalten alle Angestellten eine einmalige Leistungshilfe von M. 500.

**Arbeitskontrolle im Baugewerbe.** Zu einer Reform der Gewerbeaufsicht durch Anstellung von Arbeiterkontrollen hat auch die bremische und die Regierung von Anhalt Stellung genommen. Nach einem Schreiben der Kommission für Gewerbeaufsicht in Bremen an die Generalkommission ist dort schon seit 1903 eine "Gewerbeaufsichtskommission" und seit 1907 ein "Gewerbeaufsichtsamt" aus Arbeiterkreisen amtlich tätig. Zu der eventuellen Förderung die berufsgenossenschaftliche Betriebsüberwachung der staatlichen Aufsicht angliedern, wird gesagt: "Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Reichsregierung auf diesem Gebiete die erforderlichen Maßnahmen treffen wird." — Vom Staatsrat für Anhalt ist schriftlich mitgeteilt worden, daß die zuständigen Stellen wohlwollend angewiesen sind, in eine eingehende Prüfung der Sache einzutreten und für die zu treffenden Maßnahmen Vorschläge zu machen haben. Auch die Einrichtung vor Bankkontrollen nach Erlass der Erlassen des Staatskommissars für Wohnungsbau in Preußen vom 18. Dezember 1918 ist schon vor einiger Zeit in die Wege geleitet und wird in kürzer Zeit zur Durchführung gelangen. Dabei werden die zu treffenden Maßnahmen möglichst mit dem öffentlichen Recht der angrenzenden preußischen Gebietskreise in Einklang gebracht werden.

**Vier Millionen Gewerkschaftsmitglieder.** Trotz so vieler Anfeindungen gedeihen und erstaunen unsere Gewerkschaftsorganisationen von Woche zu Woche. Das Vertrauen des Arbeiterschaft zu ihnen mit unendlichen Opfern erzielten beruflichen Verbänden bleibt unerschüttert. Keine bestreiten Beweise dafür kann es geben, als den gewaltigen Nutzen, den unsere größeren Verbände in anhaltender Stärke seit Beginn dieses Jahres aufzuweisen haben. Am Ende des 3. Quartals 1918 zählten die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände 1 415 452 Mitglieder. Bis Jahresende erreichten sie etwa 2 Millionen. Ende Januar 2 1/2 Millionen, Ende Februar 3 Millionen und seitdem haben sie ihre Reihen wieder um 1/2 Million verstärkt. Wenn die Entwicklung in gleichen Tempo weitergeht, so wird der Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Säulen auf dem Jahrestag am Ende Juni in Wittenberg stattfindenden Gewerkschaftstag beschlossen werden sollen, wahrscheinlich seine Mitgliedschaft mit einer Gesamtmitgliedszahl von 5 Millionen beginnen können.

Von den 50 Gewerkschaften zählt im April der Deutsche Metallarbeiterverband allein 1 008 998 Mitglieder, während 10 Verbände zwischen 100 000 bis 400 000 Mitglieder aufweisen: Fabrikarbeiter 400 000, Transportarbeiter 373 000, Bauarbeiter 270 000, Eisenbahner 250 000, Holzarbeiter 222 048, Textilarbeiter 210 069, Bergarbeiter 200 000, Gemeindearbeiter 188 166, Landarbeiter 150 000 und Handlungsgehilfen 185 000. Diese Zahlen sind aber in den letzten Wochen wieder bedeutend überboten worden. Seit der Kriegszeit haben die Gewerkschaften um 1,5 Millionen Mitglieder zugenommen. Von dieser Zunahme entfallen allein 88 p. St. (1,8 Millionen) auf die Verbände der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Landarbeiter, Gemeindearbeiter, Handlungsgehilfen, Bergarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter, Schneider, Schuharbeiter und Schuhmacher; dazu kommt der neue Verband der Eisenbahner mit 250 000 Mitgliedern. Dagegen sind die übrigen Gewerkschaften Verbände mit etwa 180 000 Mitgliedern gegenüber der Kriegszeit im Rückstand geblieben, weil das gesamte Baugewerbe noch völlig unbedeutend erübrigt. Doch können sich nach Wiederaufnahme der Baumarbeit ganz erhebliche Verschiebungen ergeben. Der starke Mitgliederzuwachs stellt natürlich an alle Gewerkschaftsfunktionäre ganz außerordentliche Anforderungen. Nur so fruchtiger können sie über ihren Aufgaben nachkommen — an die Erfüllung des Sozialkundgebungs ist zweit nicht zu denken —, wenn sie selbst unterstellt werden vor der Kollegenschaft.

## Arbeiterversicherung.

**Krankenversorgung.** Des Reichsministeriums möchte vor kurzem bekannt, daß ein Teil der amerikanischen Kaufleute an Sped und Fett für die Ausgaben zu einer Betreuung finden sollte. Über die Bedeutung dieser Sonderausweisung ist angeföhrt, der in erschroeder Weise gestiegenen Sterblichkeitsziffern der Tuberkulosen kein Platz zu verliehen. Aber es ist vielleicht möglich, die Groß-Berliner Kaufleute auf die Notwendigkeit solcher Fürsorge hinzuweisen; denn die Zettelkarte zeigt schon seit Wochen gerade bei Kaufmannen wegen der mangelhaften Ernährung die Milch um 1/4 Liter, ohne davon zu denken, für den Ausfall Bildungssatz zu geben, wie es zum Beispiel regelmäßig geschehen ist, wenn den Studenten die Milch geschenkt wurde; denen werden Rübenkaffee oder anderenartige Milch geschenkt, dagegen scheint niemand daran zu denken, daß es im allgemeinen Interesse wäre, wenigstens die weitere Ausbreitung und Verschämung der Tuberkulose zu verhindern durch eine bessere Fürsorge für die Ernährung der Kaufleute.

## Sozialpolitisches.

**Befreiung des Schleichhandels.** Die lange Dauer und weite Verbreitung unserer schlechten Ernährungslage hat die Verbindung mit den Schwierigkeiten und

Schwierigkeiten in der Erfassung der Erzeugnisse und mancherlei andern Missständen zu einer Entwicklung des Schleichhandels geführt, die eine Gefahr für die Volksernährung geworden ist. Der Reichsministeriumsamt hat daher durch Blaublätter vom 29. 4. die Regelungen der deutschen Freistaaten um Maßnahmen in nachstehendem Sinne erachtet:

Nach Annahme des Landescentralbehörden sind von den Städten und privaten Industriegegenden Kontrollkommissionen in die Lieferungspflichtigen Kreise und Gemeinden zu entsenden, um dort die vorhandenen Vorräte und die Erfüllung der Lieferungspflicht durch Stichproben festzustellen, die möglichst gleichzeitig auf alle wichtigeren Erzeugnisse erstreckt werden. Schon bei den näheren Anordnungen hierüber sind Gewerkschaften, Konsumen angeschlossen, Arbeiter und Bauernschaften und Bauernschaften, das heißt die öffentlichen Vertretungen der werktätigen Bevölkerung der Städte und Industriegegenden, zunächst zugiziehen. Mitglieder dieser Vertretungen sind auf alle Fälle in die Kontrollkommissionen zu berufen. Die Polizeiorgane der Kontrollorte haben bei der Arbeit der Kommissionen mitzuwirken und sie zu unterstützen. Die Kommissionenmitglieder werden als Hilfsorgane der Polizeiverwaltung bestellt, so daß Ihnen das Recht der vorläufigen Sicherung ehemaliger Vorräte zusteht. Sie erhalten entsprechende Ausweise und werden über ihre Pflichten und die einschlägigen Bestimmungen — möglichst durch schriftliche Dienstanweisung — belehrt. Die endgültige Entscheidung über Beschlagnahmen, Entgeignungen usw. bleibt den bestehenden zuständigen Stellen überlassen. Über jede Beschlagnahme ist nach den bestehenden Vorschriften dem bisherigen Besitzer eine Abnahmevereinigung auszuhändigen. Selbstverständlich soll weitmöglichst dafür Sorge getragen werden, daß die Tätigkeit der Kontrollkommissionen nicht zu unnötigen Verstümmelungen und Unzulänglichkeiten führt. Die Landräte müssen ferner wirksam gegen Rebstellen durch unbefugte Personen oder ungünstige Stellen geschützt werden.

Zur Bekämpfung des gehobenmäßigen Schleichhandels sollen gleichfalls aus den Vertretungen der werktätigen Bevölkerung geeignete Personen als Hilfsorgane das Personal der Polizeibehörden verstärken, um Schleichhandelsgeschäfte zu ermitteln und zu verfolgen.

Zur Einschränkung der nicht gehobenmäßigen Schleichversorgung, deren übermäßiger Umfang eine zunehmende Verschlechterung der Allgemeinversorgung befürchten läßt, soll vor allem den in einzelnen Gegenen sich fast täglich wiederholenden Raubfahrt von Tausenden von Menschen entgegengesetzten werden. Hierzu wird die richtige Handhabung der bislang eingeführten polizeilichen Melde-erlaubnis-Bescheinigungen ein Mittel sein, im übrigen wird sich die Art des Vorgehens nach den örtlichen Verhältnissen richten müssen.

Die aufgestellten Richtlinien bedeuten eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Wege, die sich als unzureichend erwiesen haben. Sie übertragen den beauftragten Vertretern unmittelbar polizeiliche Kontrollbefugnisse. Wenn diese durch geeignete Vertreter nach Überegabe der aufgestellten Grundlage auszuführt werden, wird der Schleichhandel sehr erheblich unterbunden werden können, wenn sein völliges Verschwinden auch erst mit einer grundlegenden Besserung der Ernährungslage zu erwarten steht.

## Fachliteratur.

**Deutsche Malerzeitung "Die Mappe".** Illustrierte Zeitschrift für Malerei. Verlag von Georg D. W. Gallwey in München. Jährlich erscheinen von dieser empfohlenen Fachzeitschrift 12 Monatshefte und 62 Wochennummern. Abonnementpreis für Deutschland vierteljährlich M. 4. Das soeben erschienene Heft 2 des neuen Jahrgangs bringt unter anderem Tafel 5: Decke und Wand, entworfen von Ferdinand Gader in Kreuznach; Tafel 6: Kassettenbedeckung, entworfen von Karl Sommer in Olching; Tafel 7: Decke und Wand in neuer Wiener Art, entworfen von Ludwig Reißberger in München; Tafel 8: Biedermeier-Schrank, entworfen von Hans Höf in München.

## Kinderbücher.

**Die neue Erziehung.** Sozialistische pädagogische Zwischenwochenzeitung. Herausgeber: Dr. M. D. Boga, Unterrichtssekretär im preußischen Kultusministerium. Inhalt des ersten 1: Prof. Dr. Joseph Peholdt, Studienrat: Hochziele für die Pädagogisch-schulische. — Prof. Dr. Wilhelm Ostwald, Geheimer Regierungsrat: Grundzügliches zur Erziehungsreform III (die Hochschulen). — Elli Jaenisch: Zur Frage der sozialen Erziehung in der Schule. — Oberlehrer Dr. Otto Koch: Sozialistische Internatserziehung. — Prof. Dr. Heinrich Michelis, Studienrat: Der Bildungswert des fremdsprachlichen Unterrichts. — Dr. Georg Kütt, Studienrat: Geschichtspädagogik um das Jahr 1800. — Dr. Hugo Sauer, Archiv des Deutschen Volks: Jugendberatungsstellen. — Hochschulpädagogik von Dr. Hans Schmidling. — Experimentelle Psychologie von Direktor Dr. Otto Lipmann. — Schulgehandlungspflege. — Von der Schule. — Freiheitliche Lebensbewegung. — Bezugspunkt vierteljährlich durch die Post M. 6 und Beilage M. 1, dagegen M. 6, wenn direkt im Briefumschlag bezogen vom Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9. Preis des Einzelhefts M. 1, des Doppelhefts M. 1,50.

**Das Kroki: Arbeit, Disziplin und Ordnung** werben die sozialistische Sovjetrepublik Lettland. 754. Verlag: Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin SW 48. Von dieser sehr zeitgemäßen Broschüre liegt eine neue Auflage vor.

**Otto Mühlé: Erziehung zum Sozialismus.** Ein Manifest. M. 1. Verlag: Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin SW 48. Eine formschöne, begeisterte und begeisternde

Ausprache an alle Eltern und Lehrer zu den großen Problemen, die jetzt die ganze Welt bewegen. Die Broschüre ist der Zustimmung der Sozialisten aller Richtungen sicher.

**Haus, Garten, Welt.** Ein Führer durch Gärten, Haus und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tierfreunde und Kindergarten. Vierzähliges 6 Heft. Einheitspreis M. 1,50, Probeheft unvergütet. Aus dem reichhaltigen, belebenden Inhalt möchten wir besonders auf die Aussage hinweisen, in denen die Entwicklung des Gartens unter der Überschrift "Vom Gedank zum Garten" sachgemäß und in richtiger Beziehung geschildert werden. Vollständig und leichtverständlich geschrieben, werden die Aussage jedem Gartenfreund willkommen sein, dem Anfänger als Anleitung für Arbeit und Betrieb, dem Fortgeschrittenen als Nachschlagewerk in Zweifelsfällen, die bekanntlich nicht selten sind.

## Vereinstext.

### Bericht der Hauptklasse für den Monat April.

Eingesandt haben: Aalen M. 171,50, Altenburg 250,00, Augsburg 900, Aschaffenburg 245,40, Bamberg 496,62, Bayreuth 270, Berlin 1000, Beverungen 12,80, Bielefeld 400, Bochum 282,87, Braunschweig 684,84, Bremen 1200, Chemnitz 1000, Coburg 315,50, Coburg 381,98, Cöln 2650, Cottbus 197,20, Crefeld 280,88, Cuxhaven 220,80, Danzig 2800, Delft 800, Dortmund 1212, Duisburg 400, Elberfeld 100, Eisenach 200, Elberfeld 500, Enden 260, Erfurt 800, Eschwege 182,80, Esslingen 1200, Elsterwerda 250, Flensburg 400, Frankfurt a. M. 1500, Friedberg 400, Gelsenkirchen 81,64, Gotha 1200, Göttingen 120,64, Graubünden 100, Gumbinnen 140, Gustrow 48,80, Hagen 800, Halberstadt 880,80, Halle 1800, Hamm 266,88, Hannover 2226,87, Herford 800, Hildesheim 117,72, Hirschberg 200, Kiel 150, Königsberg 80, Leipzig 2000, Lübeck 1900, Lüneburg 50,80, Magdeburg 700, Mainz 1500, Marburg 260,86, Meerane 67,85, Melle 240,90, München 8000, Naumburg 294,77, Neisse 80, Neuwied 29,98, Nürnberg 8000, Oldenburg 100, Passau 59,80, Plauen 1000, Potsdam 100, Riedlingen 74, Regensburg 800, Remscheid 822,70, Rostock 260, Schleswig 248,84, Schnelldorf 217, Schwäbisch Gmünd 287,80, Siegen 29,80, Solingen 119,70, Spandau 88, Sitteln 1000, Stralsund 800, Stolp 850, Stuttgart 700, Thorn 889,80, Weimar 800, Werbau 10,85, Wilhelmshaven 500, Worms 200, Würzburg 1000.

G. Winter, Rosler.

## Sterbetafel.

**Breslau.** Am 18. April starb nach langer Krankenlager unser treuer Kollege, der Unstreicher Herm. Schröder im 62. Lebensjahr.   
**Hamburg.** Es starben die Mitglieder: Am 5. April Herrmann Witt, 41 Jahre alt; am 15. April Franz Kühn, 80 Jahre alt; am 25. April Ernst Christ, 43 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

### Vom 25. bis 31. Mai ist die 22. Beitragswoche.

**Erledigte Ausbildung zum Gesangsführer und Buchhalter im Malergewerbe durch Fernunterricht ohne Verstümmelung. Probeklausur frei. Erfolg garantiert.**

Frans Wenzel, Leipzig-Görlitz.

## Streichbürsten

**Winsel aller Art** in verschiedenartigem Material liefern.

M. W. Witte, Berlin NO 18, Elbinger Straße 94.

**Ein Möbel-Lackierer,** der auf Möbel- und Lackierarbeiten verschiedene und qualitätvolle Arbeitsergebnisse erzielt, sowie ein

tüchtiger Wagen-Lackierer für sofort geliefert.

Große Halle, Molen- und Sachsenstraße, Schönlanke, Markt 14.

## Fahllehrbücher ersten Ranges

mit vielen Abbildungen

Der Dekorationsmaler und Stubenmaler M. 1,50. Das Gold- und Silbermaler M. 2,50. Das Meissnergrau M. 1,15. Technik der Dekoratoren 2,50. Sack u. Stubenmalerei 2,50. Ultramarinfarbenfabrikation 2,15. Einige Gravuren und Lithographien 11,45. Vorlagen für Stubenmalerei 12,50. Moderne Sackfarben 7,12. Mod. Plate 2,50. Stubenfarben 2,50. Mod. Säulenfarben 2,50. Sackfarben 2,50. Farbfestschrift 12,50. Handmalerkarte für Stubenmaler 2,50. Praktische Vorlesungen für Maurer, Zimmerer u. Stubenmaler 5,00. Harmonie der Farben 2,50. Der Tapetier und Dekorateur 12,00. Die Schule der Tapetier 12,00. Praxis des Tapetier- und Dekorateurs 15,40. Mustermappe des Dekorateurs 20. Einige Dekorationen für Tapetier 12,20. Ausstattung verschiedener Wohnräume (Tapetenkatalog) 20. Der Handmaler als Kaufmann 7,50. Handbuch für Kaufleute 15,50. Sackberchner 2,50. Fleischsteller 4,20. 1000 chemisch-technische Ansätze zu Handelsartikeln 4. Gegen Nachnahmen. L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin 40 E, Känestr. 24.